

Die Halle vierteljährlich bei postmäßiger  
Zahlung 2,50 M., durch die Post  
3,25 M., einschließlich Zustellungsgebühr.  
Bestellungen werden von allen Reichs-  
postanstalten angenommen.  
Am amtlichen Zeitungs-Bezugspreis  
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Alle unterlagene eingehende Korrespondenz  
mit freier Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit Quellenangabe:  
„Saale-Ztg.“ gestattet.

Verleger der Redaktion Nr. 1140;  
der Abonnementabteilung Nr. 1133.

# Saale-Zeitung.

Sierrubierzigster Jahrgang.

werden die Spaltenpreise oder beim  
Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit  
20 Pf., berechnet und in der Geschäfts-  
stelle, St. Ulrichstraße 68, I. sowie von  
unseren Annahmestellen und allen  
Annoncen-Expeditoren angenommen.  
Reklamen die Seite 75 Pf. für Halle  
und umgeben 1 M.

Erscheint täglich zweimal,  
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-  
stelle: Halle, St. Ulrichstraße 17;  
Rezeptions-Geschäftsstelle: Markt 24.  
Anzeigen-Geschäftsstelle: St. Ulrich-  
straße 68. I. Telefon Nr. 591 u. 178.

Nr. 48.

Halle a. S., Sonnabend, den 29. Januar.

1910.

## Die inneren Aufgaben Englands.

Die englischen Wahlen sind im wesentlichen zu Ende.  
Wenn auch noch einige Wahlen im Laufe der nächsten  
Wochen stattfinden werden, so läßt sich doch bereits über-  
sehen, wie sich das neue Unterhaus zusammenzusetzen  
wird. Es ist deshalb auch nur folgerichtig, daß der Premier-  
minister Asquith bereits das Ministerium zusammenberuft,  
um die ersten Beschlüsse über die neue Lage zu fassen. Daß  
das Ministerium Asquith bleiben wird, ist nicht mehr zweifel-  
haft. Höchstens wird es sich noch durch ein Mittelglied der  
sozialistischen Partei ergänzen, um die Arbeiter noch fester  
an die Regierung zu fetten. Denn ohne die Arbeiterpartei  
ist allerdings das liberale Ministerium hilflos und machtlos.  
Die liberale Partei für sich dürfte nur ungefähr auf die  
gleiche Zahl der Mandate kommen, wie die Unionisten. Erst  
mit Unterstützung der Arbeiter erhält das liberale Minis-  
terium eine Mehrheit, und auch dann nur, wenn es wenigstens  
die irischen Nationalisten nicht gegen sich hat. Die Ir-  
länder sind das Zünglein an der Waage. Sie stehen  
allerdings auf der Seite der Liberalen, aber sie werden sich  
ihre Unterstützung teuer bezahlen lassen. Das ist die Achilles-  
ferse der liberalen Regierung. Hier ist sie am leichtesten ver-  
wundbar. Denn auch in den Kreisen der englischen Liberalen  
will man von Home rule nicht viel wissen. Und doch wird  
das Ministerium Asquith den Iren entgegenkommen müssen,  
wenn es sich behaupten will.

Soweit es sich bei den jetzigen Wahlen um die Tarif-  
reform, das heißt um die Einführung von Schutzzöllen in  
den bisher als Zollfrei gehaltenden England  
handelt, wird man nicht behaupten können, daß diese Frage  
jezt schon ipso facto entschieden sei. Die Unionisten haben  
etwa hundert Sitze über ihre frühere Zahl hinaus gewonnen,  
genügt! Aber sie haben doch eben nicht die Mehrheit er-  
halten. Und die Liberalen sind ausdrücklich unter dem  
Führer Asquith die Freiheit des Handels in den Kampf ge-  
gangen. Sie können deshalb auch gar nicht daran denken, jetzt  
erst einmal der Hebergang zum Schutzzöll anzuheben zu  
wollen. Das einzige, was denkbar wäre, ist der Versuch, die  
Kolonien durch gewisse Zugeständnisse enger an das Mutter-  
land zu fetten. Diese in der Richtung des Imperialismus  
liegenden Experimente können wir mit Ruhe abwarten. An  
den Handelsbeziehungen des Auslandes zu England selbst  
wird in absehbarer Zeit nichts geändert werden. Und es ist  
sehr wohl möglich, daß sich die hochschützlerische Zeit bis  
zu den nächsten Wahlen schon wieder verlaufen hat. Wir  
werden jedenfalls noch nicht mit einem Zollkriege oder auch  
nur mit einer Erhöhung unserer Ausfuhr nach England zu  
rechnen brauchen. Das garantiert eine gewisse Stetigkeit der  
wirtschaftlichen Beziehungen, die für unsere Industrie und  
unseren Handel außerordentlich wertvoll ist.

Bedenklicher liegen die Verhältnisse, soweit es sich um die  
Aufstellung der deutsch-englischen Empfindungen han-  
delt. In dieser Beziehung haben ja beide Teile gesün-

dig. Aber die Unionisten sind uns doch unter allen Um-  
ständen noch gefährlicher, als die Liberalen. Diese werden  
sich aus dem Drang der Selbsterhaltung heraus den Ver-  
such machen, die Fiktionsfragen etwas mehr als bisher in den  
Hintergrund zu schieben. Deshalb werden sie freilich gleich-  
falls weiter rücken und die Unionisten womöglich noch in  
ihrem Fiktioneifer zu übertreffen suchen. Aber daß die  
liberale Regierung einen Konflikt zu pro-  
vozieren suchen sollte, nur einmal eine  
Krafftprobe zu wagen, das darf als ausgeschlossen  
gesehen. Sie wird ihren Nachdruck auf die Durchführung der  
inneren Reformen legen. Sie wird vor allem erst ein-  
mal das Budget durchdrücken und dann die Rechte des Ober-  
hauses einzuschränken suchen. Dann drängen bereits wieder  
die neuen Finanzaufgaben heran, da jetzt erst das Budget  
für das vergangene Jahr genehmigt werden muß. Das neue  
Budget ist noch nicht einmal in Angriff genommen. Dazu  
kommen dann die sozialen Aufgaben, die die Liberalen  
um so weniger vernachlässigen können, als sie auf die Ar-  
beiterpartei angewiesen sind. Es gibt es innere Auf-  
gaben genug, die erwarten lassen, daß England nach außen  
Ruhe halten wird.

## Deutsches Reich.

### Ueberraschungen in Sicht?

„Die „Liberale Correspondenz“ schreibt: Angesichts  
der nach wie vor ungeklärten Situation, der ja doch ein lei-  
tender Kanzler unmöglich auf die Dauer Gehaltsmaß abge-  
winnen kann, verdient ein Gericht immerhin Beachtung, das  
da behauptet, die verübenden Regierungen (plante, bereits  
im Frühjahr des nächsten Jahres (also nicht erst  
im Herbst oder Winter 1911) die Neuwahlen für den Reichs-  
tag stattfinden zu lassen. Die Parteien werden jedenfalls gut  
tun, sich auf Ueberraschungen einzurichten. Für Herrn von  
Bethmann und seiner Kanzlerschaft Schicksal ist aber jetzt  
in erster Linie maßgebend, wie die preussische Wahlrecht-  
sorge, deren Herauskommen nur noch in wenigen  
Wochen — man spricht von 14 Tagen — zu erwarten ist, auf-  
genommen werden wird.

### Warum Herr von Bethmann Hollweg den Schwarzen Adler-Orden erhielt.

(Wiedergabe unseres Berliner Bureaus.)  
\* Berlin, 29. Januar 1910.

Die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Herrn  
v. Bethmann Hollweg anläßlich des Geburtsstages des  
Kaisers mag den Glauben erwecken, daß der Monarch damit  
der besonderen Verdienste, deren sich der Reichskanzler  
höchster Stelle zu erfreuen hat, speziellen Ausdruck verleihen  
wollte. Nach der Lehre der „König. Ztg.“, daß uns die An-

sicht des Kaisers über den Reichskanzler gar nichts angehe,  
haben wir uns nur mit anderen Gründen zu befassen.  
Und da kann konstatiert werden, daß es der späteste Termin  
war, der für diese Dekoration benützt werden konnte. Der  
„Schwarze Adler“ des Herrn von Bethmann Hollweg hat  
nämlich keine Vorgehensweise. Als Herr von Bethmann Hol-  
weg nämlich das Erbe Postamts antrat, wurde er gleich-  
zeitig Stellvertreter des Reichskanzlers und Vizepräsident im  
Staatsministerium. Eigentlich hätte diese funktio-  
nieren Herr v. Rheinbaben als rangältester  
Minister übernehmen müssen, er erhielt denn  
auch für die Uebertragung als Entschädi-  
gung den „Schwarzen Adler“. Die Frage der Stell-  
vertretung des Reichskanzlers resp. die Uebernahme der Mi-  
nisterpräsidenten in Preußen durch einen der preussischen  
Minister, für die sich der Kaiser in der letzten Zeit inter-  
essieren soll, läßt die Verleugung des Herrn von Rheinbaben er-  
neut in den Vordergrund treten, es liegt auch kein Grund  
vor, der gegen eine Wahl dieses Ministers sprechen könnte.  
Es geht aber nicht an, daß der höchste Beamte im Staate,  
der Reichskanzler, auf die Dauer einem seiner Minister in  
der Höhe des Dekorationsgrades nachsteht, noch viel weniger  
konnte damit gerechnet werden, daß etwa der Reichskanzler  
einem inswischen ernannten preussischen Ministerpräsidenten  
in der Ordensfrage nachzusehen habe.

### Kaufmännische Grundsätze in den öffentlichen Verwaltungen.

Das von Hansjand aufgestellte Prinzip der Erfüllung  
unserer öffentlichen Betriebe mit kaufmännischem Geist ist in bezug  
auf die bereits festgestellten Einzelpunkte durch die besonders wichtige  
Forderung der möglichsten Vermehrung bzw. Abfär-  
gung des Schreibens zu ergänzen.

Es ist zu verlangen, daß Stenographie und Schreib-  
maschinen im weitesten Umfange Verwendung finden. Es  
muss die mechanische Leistung verbessert und verbessert werden.  
Durch schnelle Arbeit ist bei voller Sicherheit des Geleisteten,  
Zeit zu sparen, um die Kräfte für die intellektuelle Betätigung  
freizumachen, an welcher das Interesse durch die Abschreibearbeit  
verloren geht. Vor allem ist daher für die in mittlerer Beamtens-  
stellung befindlichen Personen die Kenntnis der Kautschuk-  
bedingung geboten, deren Gebrauch eine erhebliche Entlastung für  
die höheren Beamten durch die Möglichkeit des Diktats bedeuten  
würde. Bei den mit Abschreibearbeit beschäftigten Personen ist  
aber vor allem die volle Beherrschung der Schreibmaschine er-  
forderlich.

Auf diesem Gebiete wird besonders die amerikani-  
schen und französischen Behörden vorbildlich.  
In den Kanzleien der Regierung zu Washington sind 1579 Per-  
sone als Stenographen beschäftigt, die sämtlich auf Grund  
von Abschreibearbeit in ihre Stellungen gelangt sind. In Frankreich  
finden häufig stenographische Vorträge für mündliche und schrift-  
liche Stenographen und Maschinenführer bei den Staats-  
behörden statt. Das französische Unterrichtsministerium beschäf-  
tigt zehn Stenographinnen mit einem Jahresgehalt von je  
3000 Franc. Auch bei unseren öffentlichen Verwaltungen be-  
ginnen obige Gesichtspunkte erfreulicherweise mehr und mehr  
Eingang zu finden, wenn auch einheitliche Vorschriften noch nicht  
bestehen.

## Feuilleton.

### Ernst Moritz Arndt.

(Zum 50 jährigen Todestage, 29. Januar 1910.)  
Von Dr. Edgar Groß.

(Nachdruck verboten.)

Unabsehbar war der Trauerzug, der sich am 1. Febr.  
1860 durch die Stadt Bonn bewegte und an dem alle Stände  
Deutschlands, kampfbereite Veteranen und jugendliche Stu-  
denten in großer Zahl teilnahmen. Er geleitete einen Mann  
zu Grabe, der Leid und Freud seines Volkes mit unermüd-  
licher, tatkräftiger Teilnahme verfolgt hatte, und im ganzen  
Reiche bekannt, von vielen Fremden beklagt, um die  
Mitgangsstunde des 29. Januar 1860 dahingegangen war.  
Als Ernst Moritz Arndt's kraft-genialische Natur endlich  
einem aufreibenden Leben erlag, war er zwar müde von  
ewigen Kämpfen mit den Gegnern, und doch nahm ihm die  
Anstrengungen einer begeisterten Feiertage seines 90. Geburtstages  
(26. Dezember 1859) der Greis nicht mehr gewachen.

Wie ein verpörrischer Sturm- und Drangsdichter, mit ber-  
selben robusten Lebenskraft, die sein Leben zu einem ewigen  
Kampf machte, nur nicht immer, weniger aber überhaupt als jene,  
aber stets unruhig auf fremdlichen oder unfreiwilligen  
Wanderfahrten umhergetrieben, hat er sein Dasein zu-  
gebracht. Und letzten gingen bei einem Manne persiflages,  
politisches und dichterisches Schaffen so ineinander auf.

In Schottis auf der Insel Rügen als zweiter Sohn  
deser, nebenbei etwas gelangweilter Richterleute ge-  
boren, hatte er die Körperkraft einer bäuerlichen Bewirtung  
geerbt. Seine Jugend stand auf einer seltsamen  
Schwänzung einer unnatürlichen Jospizität und einer nach Be-  
strebungen ringenden Strömung, indem der Vater in mühsamer  
Energie beharrte, was die Kinder mit Perle und Jüder  
ausstiftete. Wie ein Schatten aus dunkler Vorzeit  
schimmerte breiten sich über das damals noch schwedische Land  
die Härten der Leibeigenschaft, aus der selbst des Dichters

Vater erst von seinem Herrn, einem Grafen Rütbus, frei-  
gegeben wurde. Die Grauel dieser alten Institution gaben  
Arndt Veranlassung, eine seiner ersten Flugblätter in die  
Welt zu schicken, und in der Tat erreichte seine Unerlöschlich-  
keit, daß der schwedische König die Leibeigenschaft aufhob.

Auf dem Gymnasium in Stralund vorbereitet, besuchte  
er von 1791—94 die Universitäten Greifswald und das von  
den Romantikern beherrschte Jena, indem er in der damals  
bestehenden Weise theologische und historisch-philologische  
Wissenschaften zum Betrieb. Nur kurze Zeit bildete ihn  
dann die Unruhe bei dem bekannten Dichterpater Fr. Kofe-  
garten in Altdorf, bald begab er sich auf die meist zu  
Fuß ausgeführte Reise durch Deutschland, Oesterreich-Ungarn,  
Frankreich. Unter dem Reigen dieses ewig wachen Wanders-  
reiches verließ sein ganzes Leben, nur zuletzt kam er wenige  
Jahre zur Ruhe. Ein mittelloses Schicksal mochte es, daß  
die eine Aussicht darauf in seiner Jugend geoffen wurde:  
er hatte 1800 als Greifswalder Privatdozent die Tochter  
Charlotte des Professors Quistorf geheiratet, aber sie starb  
im folgenden Jahre bei der Geburt eines Sohnes. Man  
darf bemerken, ob das für den Dichter Arndt ein großes  
Unglück war. Nur im Stürme der Ereignisse konnte er das  
werden, was er wurde: der größte Flugblätterverfasser  
Deutschlands.

Mit einem scharfen Auge für die politischen Vorgänge  
hielt er seinem Volke in der ersten bekannten Schrift „Ger-  
manien und Europa“ den Verfall Deutschlands vor und er-  
mahnte zu einer freibürgerlichen Erhebung. Damit hatte er  
das eine Thema seines Lebens gefunden. Auch das zweite  
drängte sich ihm mit leuchtender Gewalt auf. Den Friesen zu  
Luneville, die der Abtretung des linken Rheinufers zur  
Folge hatte, sah er wie eine persönliche Schmach. Gott  
hat jedem Volke Grenzen gezogen, diese sind von Frankreich  
überschritten, veränderte er, der Ruf gegen Frankreich be-  
deutete aber den Haß gegen die despotischen Napoleon's,  
die 1802 eiferte er unerbittlich gegen seinen Lebens-  
den eine Klugung des Schicksals im gleichen Jahre geboren wer-  
den ließ wie ihn selbst.

Wachtig, im Tone des religiösen Propheten, schlenderte  
er in den folgenden Jahren der deutschen Unterwerfung seine  
Angriffe gegen den Eroberer und gegen das feige Volk, dessen  
Erbarmlichkeit durch die „Zuchtrute in Gottes Hand“ ge-

traft werde. Er erfuhr die Rache des französischen Kaisers  
nur allzu bald, denn nichts war er seiner Freiheit sicher.  
Wir finden ihn bald in Schweden, bald heimlich in der  
Seimat lebend, wo er sich nur des Abends aus dem Hause  
wagte, denn „ich hatte nicht Zeit“, schrieb er, „mich eben-  
falls einzufangen und wie einen toten Hund von den Wölfen  
totzuschicken zu lassen“. Schnell folgte er daher einer Ein-  
ladung seines Vorgesetzten und Freundes, Friedrich v. Stein,  
der gleich ihm vor Napoleon geflohen war, nach Petersburg.

Raum aber hatte das Glück den Kaiser in Russland ver-  
lassen, kaum begannen die starken Regungen nach Vertreibung  
im deutschen Volke zu erwachen, da eilte auch Arndt in ent-  
schiedenem Fahrten zwischen Leidenfeldern, Wäldern und  
Schmutz russischer Dörfer wieder nach Deutschland. Und er  
kam gerade in Breslau an, als der Aufruf des Königs das  
begehrteste Volk zusammenzog. Und der Dichter jubelte.  
Napoleon ist der Gottesstrafe in Russland erlegen, jetzt ist  
die Zeit der Vertreibung gekommen. Deutschland muß einzig  
sein und sich auf seine Aufgabe begeben, der Rhein ist  
deutsch; das waren die Hammer- Worte seiner Flug-  
blätter und Bedichte. Zum erstenmal ergriff er jetzt auch  
das Wort als Kritiker, die „Lieder für Deutsche“, Kriegs-  
lieder und „Deutsche Wörterbuch“ machten ihn zum Richter  
der Freiheitsbewegung. Sie waren von solichem Kampfesmut,  
von solichem Haß gegen die Unterdrücker erfüllt, daß sie an  
Wirkungskraft den ritterlich-elegischen Schenkendorf, den zu  
reflexiven Nüchtern weit übertrafen und dem jugendlichen  
Körner zum weichen gleich waren, ihn aber zeitlich über-  
dauerten. Doch wie bei diesem entpangen auch seine Freiheit  
aus dem unmittelbaren Kampfesgefühl, beide gingen sie von  
Schlagten und Helben, aber in demselben Augenblick, in  
dem Arndt einen Schill, Blücher, Scharnhorst als Vor-  
kämpfer gegen die fremdbildliche Unterdrückung verherr-  
lichte, durchglühte ihn auch das Verlangen, sein Land von  
dem Ziel selbständiger Realpolitik befreit zu sehen.  
Denn er war, wie alle Freiheitsdichter, zu sehr von der  
Idee eines großen einigen Deutschlands erfüllt, als daß sein  
gerader Sinn die selbständige Herrschaft einer Klasse er-  
tragen hätte.

Eine fieberhafte Unruhe treibt ihn auch während der  
Kriegsjahre umher. Er wendete Breslau mit Dresden, wo  
er im Hause des Schillerfreundes Körner wohnte; aber



# Die Ostmarkenfrage.

L. C. Heber die Ostmarkenfrage findet beinahe ausschließlich in Berlin auf Veranlassung des Professors v. Thunhard für die freie Studentenvereine (Abteilung für Rechts- und Staatswissenschaftlichen) einen Kursus halten. Den ersten Vortrag hielt Prof. Dr. v. Waldemar Ritterlich von der Kaiserlichen Akademie über die wirtschaftlichen Verhältnisse Polens. Er sprach recht vorzüglich über die Volkswirtschaft, im letzten Ende aber kamen seine Darlegungen doch auf eine Verwertung des böhmischen Preussens gegen die Polen heraus. Dieser Sachverhalt führte u. a. aus:

„Der polnische Völk ist wirtschaftlich dem kulturell höherstehenden Deutschen, der mehr Bedürfnisse hat und infolgedessen nicht so leicht sparen kann, zu überlegen und kann leichter von seinen Eisparnissen deutsche Bauern ausrauben. Je schlechter die wirtschaftliche Konjunktur ist, desto mehr werden die Polen vorzuziehen, weil der deutsche Wirtschaftsbauern mit seinen höheren Bedürfnissen sich nicht so halten vermag und an seine Stelle der bedürftigere Pole tritt.“

„Je mehr die Kulturfördernde Wirkung der deutschen Schulen auf die Polen sich geltend macht, desto mehr wird sich der Pole kulturell dem Deutschen nähern und dadurch sich die Lage zugunsten des letzteren verbessern. Mit der kulturellen Hebung der Polen wird der Rhein- und Ostpreußen angeschlossen und die beiden Völker einander genähert. Wenn übrigens die Grenzen nicht geschloffen wären, würde der Pole von dem noch gemäßigteren Russen verdrängt werden, so wie jetzt der Deutsche von den Polen. Es trägt also ab die interessante Erscheinung eines Nationalitätenkampfes zwischen deutschen und russischen Polen zugunsten der Nationalitätenkampf in mancher Beziehung auf gegenwärtig; er hat die indolente deutsche und polnische Bevölkerung wachgerüttelt und gewungen, wirtschaftlich zu arbeiten und zu kämpfen, hat Bauern aus Preussen, Westfalen, Thüringen und aus anderen Gegenden nach Polen gebracht, deren feinerer Charakter befruchtend auf die Ostmarken einwirken wird.“

„Wirtschaftlich legt also, wie wir sehen, das Hauptgewicht auf die Kulturförderung und ausgleichende Wirkung der Schulen. Das haben die Freizügigen immer betont. Gute und reichliche Schulen sind das Beste — das einzige — ausgleichende Germanisierungsmittel.“

## Gine Miesenecke.

Der Kronprinz in Frankreich.

„Aus Paris verlautet: „Journal“ bringt die sensationelle jedoch völlig unbegründete Nachricht aus Nancy, daß der deutsche Kronprinz und einer seiner Brüder gestern in Nancy verweilt hätten. Sie hätten die Stadt besichtigt und dann die Weiterreise nach Paris angetreten, um die Wallfahrtskapelle in Augenschein zu nehmen. Die Polizeibehörde soll den Kronprinzen genau erkannt haben.“

Da hat sich die hohe Polizei in Nancy und das „Journal“ in Paris aber sehr geäußert, denn der Kronprinz, der am 27. am Kaisergeburtstagesfeierlichkeiten in Berlin teilgenommen hatte, wollte gestern den Tag über im Kreise seiner Familie. Außerdem wäre es ihm wie seiner Brüder einem schlechterdings unmöglich, in ein paar Stunden von Berlin nach Nancy zu reisen, nur um dem Schwärm der dem Gefallen zu tun, von ihm gesehen zu werden. Bei allem Anteil, den wir an dem Hochwahrungswort in Frankreich nehmen, müssen wir solche Sensationsnachrichten für abgeschmackt erklären.

# Parteinachrichten.

## Die Wahlversprechungen

### des antisemitischen Kandidaten Hädrich

Im Kreise Eisenach werden von der freizügigen „Eisenacher Tagespost“ wie folgt sehr hübsch verprotet:

„Von den Versprechungen, die Herr Hädrich für den Fall seiner Wahl in den Reichstag gemacht hat, war keine geeignet, einen so großen Eindruck auf jeden Wähler zu erwecken, als die, für eine Verbesserung unserer Eisenachener Verhältnisse einzutreten. Das hat seiner seiner Gegenanbi-

daten uns versprochen, und die uns und getane Absicht des Herrn Hädrich verdient uns dankbarer Anerkennung zu werden, als der Reichstag bekanntermassen mit dem Ausbau unserer Eisenbahnen nicht das geringste zu schaffen hat. Herr Hädrich will also, falls er gewählt wird, instand setzen, auf eine für andere Leute nicht erreichbare Art und Weise für das Wohl seines Wahlkreises zu wirken. Das er uns in Aussicht stellt, muß uns mit dem größten Vertrauen zu seiner Kraft und seinen Fähigkeiten erfüllen und gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß er uns auch noch auf anderen Gebieten große Dienste leisten kann, auf denen keine Gegenkandidaten uns nicht helfen können. Auf dem Gebiete der Witterungsverhältnisse nur ein Beispiel: Wir haben im Wahlkreise Eisenach-Ordnung im Jahre 1909 einen größtenteils verregneten Sommer gehabt, und der gegenwärtige Winter zeichnet sich aus durch anhaltend miserables Wetter aus. Im Falle seiner Wahl in den Reichstag könnte er doch dafür wirken, daß wir in Zukunft stets einen warmen, nicht übermäßig heißen Sommer mit einigen kalten, Durchschnittstemperaturen von 2 Grad Wärme und demgemäß barer Eis- und Nebelkälte. Es braucht nicht angesetzt zu werden, wie angenehm und nützlich für die Bewohner unseres Wahlkreises das sein würde...“

„Es beehrt daher wohl nur bei dieser Anregung, daß Herr Hädrich uns für den Fall seiner Wahl für ewige Zeiten gutes Wetter — verpricht.“

## Kleine politische Nachrichten.

**Penionsfähige Amtszulage der Lehrer.**  
Nach einem Erlaß des Kultusministers ist bei der Berechnung der zehnjährigen ununterbrochenen Dienstzeit, die nach § 24 Absatz 2 des Lehrerbeförderungsgesetzes die gefällige Voraussetzung für den Bezug der penionsfähigen Amtszulage von jährlich 100 Mark bildet, nur die Dienstzeit in Betracht zu ziehen, die im öffentlichen Schuldienste Preussens in der Stellung als erster oder alleinleitender Lehrer zurückgelegt ist. Die §§ 34 bis 36 des Gesetzes finden auf die Berechnung dieser Dienstzeit keine Anwendung.

**Die Schiffahrtsabgaben im badischen Landtag.**  
In der gestrigen Sitzung der badischen Kammer wurde der Antrag der Nationalliberalen, Demokraten und Sozialdemokraten durch bundesfreundliches Zusammenwirken von Württemberg und Baden die Frage der Reduktion der Schiffahrtsabgaben einer baldigen Lösung entgegengeführt werden, gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

**Honig-Bund und Privatbeamte.**  
In der letzten Präsidialsitzung des Hanja-Bundes ist beschloffen worden, die Frage der Penionsversicherung der Privatbeamten in Bearbeitung zu nehmen. Es wird zu diesem Zweck ein Ausschuss aus führenden Kreisen der Arbeitgeber und Angestellten gebildet werden.

**Die goldene Amtseife.**  
In der zweiten städtischen Kammer kam es zu einer interessanten Debatte über die goldene Amtseife für den Rektor der Forstakademie in G. r. a. n. d. Als Kofen für diese Kette sollten 1400 Mark nachträglich in den Etat eingestellt werden. Als von sozialdemokratischer Seite der Posten beantragt wurde, der nur Neuherstellungen dienen, erklärte Geheimrat Walle, daß die Amtseife bei allen deutschen Akademien eingeführt und das höhere Zeichen des gewählten Rektors sei. Wen habe die Forstakademie nicht geringere einschlägigen können als andere Akademien. Bei der Abstimmung über die Nachforderung wurde diese gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freizügigen angenommen, der Rektor von Tharandt braucht also seine Amtseife nicht aus eigener Tasche zu bezahlen.

**Bom-Bundesauschuss für Etsch-Verbringen.**  
Die 37. Tagung des Landesauschusses für Etsch-Verbringen ist gestern durch den städtischen Statthalter, Grafen v. Wedel, mit einer Rede eröffnet worden, in der er verschiedene neue Gesichtspunkte anführte. Ferner teilte Graf v. Wedel mit, daß die Verhandlungen über die Verfassungsreform noch fortgedauert und in nicht zu fernem Zeit ein befriedigendes Ergebnis bringen würden. Auf dem Platz des durch seine parti-

seine Jugendberinnerungen in der gleichen Tendenz, schilberte seine und des Freiherren von Stein gemeinsame Tätigkeiten und plante endlich, da sich ihm Glaube und Volksweltwissen stets identifizierten, eine Sammlung geistlicher Lieber der letzten drei Jahrhunderte. So führte er sich mehr als jugendlichen Kämpfer, denn als alternderen Märitzer, und sein Leben entsprach durchaus den kraftvollen Forderungen seiner Schriften. Ueberdies blieben ihm alte Freunde, wie Stein, unzerstörlich treu. Eine allgemeine Begeisterung erhob sich für Prof. Stein einsetzte und er eine Antrittsrede vor eigenen Verehrern hielt. Und da er inzwischen den Glauben gewonnen hatte, daß Preußen allein die Kraft habe, Deutschland aus dem Verfall zu retten, wandte er seine Hoffnungen auf den neuen König. „Die ehrsamen Solinger“ erwählten ihm vertrauensvoll zum Abgeordneten für das Frankfurter Parlament. Und wie „ein gutes, altes, deutsches Weissen umherwandeln“, suchte er das Elend der deutschen Verhältnisse durch seine Lieblingsidee eines geeinigten Kaiserreiches zu belegen.

„In einer Zeit, in der revolutionäre Bewegungen Deutschlands selbst die Tätigkeit der Nationalversammlung nicht unbeeinträchtigt ließen, hielt er an seinem Ziele fest und glaubte nicht der Erfüllung nahe, als er mit der Deputation nach Berlin ging, dem Bescheid der Kaiserkrone anzutragen. Durchdrungen von dieser hohen Rettungsmöglichkeit, richtete er selbst einen bemerkenswerten Brief an Friedrich Wilhelm IV.“

Der König sagte ab. Erndt lehrte nach Frankfurt zurück und bald wieder er zusammen mit Dronen, Gogern u. a. der Nationalversammlung den Rücken, auf diese teilhaftig enttäuscht, aber nicht verzweifelt. Nur seine tätige Teilnahme an den politischen Ereignissen war jetzt im wesentlichen beendet. Einen der letzten Mahnrufe richtete er 1854 an die Nation in einem fünften Teile des „Geist der Zeit“. Daß sie ihn aber nicht vergessen hatte, bewiesen die oerchrungswoollen oder Rat jugendlichen Briefe, die zahllos wie etwa ehemals an Gellert in moralischen, an ihn in politisch-sozialen Fragen auf seinen Wanderfahrten von Jugend an ihm naheherstehende Personen: an die Eltern, an die Lieblingschwester

kultarisch-professorliche Haltung bekannten Ado Wetterlo war ein Strauß in den ehlässigen Farben niedergeblegt.

## Einführung eines neuen Universitätsstatuts.

In Breslau fand die Einführung des vom Universitätsrat ernannten Oberpräsidenten Dr. G. L. W. in sein neues Amt statt. Der Lehrkörper (Professoren, Dozenten, Bibliothekaren der Königl. und Unteroffiziersbibliothek, der Universitätsrichter, die Beamten der akademischen Verwaltung usw.) hatten sich unter Führung des Rector Magnificus, Geh. Kulturrat Prof. Dr. Fischer, in dem feierlich um den neuen Kurator zu begrüßen, der auf eine Anrede des Rectors dankend erwiderte.

Zur Frage der Belegung des erstgeschloffenen Stufes in Polen wird der „Schl. Ztg.“ aus Rom gemeldet: Die aktive Teilnahme der Polen am Zustandekommen des Reichsfinanzreform und der Kaiserregierung haben in Italien einen Augenblick die Hoffnung auf Erleichterung erweckt; es ist jedoch sehr bald wieder verlassen. Im Gegenteil, man glaubt heute in dem Staatssekretariat nachstehenden Kreisen zu hören, daß die preussische Regierung überhaupt so bald keinen Schritt in der Richtung der Angelegenheit tun wird, ja daß es nicht ausgeschlossen erscheint, den Erzbischof unbestätigt zu sehen, so lange die Gelamachtung des Polens die Fortsetzung der heutigen Ostmarkenpolitik nötig macht.

## Keine amerikanische Zolltariffkommission in Berlin.

Vor kurzen wurde im Anschluß an die handelspolitischen Verhandlungen zwischen Deutschland und Amerika gemeldet, daß man in Washington beabsichtigt, eine Zolltariff-Kommission nach Berlin zu senden. Die Meldung hatte im Hinblick auf die Kürze der Zeit — am 7. Februar tritt bekanntlich der deutsche Generalkontrakt gegen amerikanische Produkte in Kraft, wenn nicht bis dahin ein Einverständnis erzielt werden ist — sehr geringe innere Wahrscheinlichkeit. Erundigungen bei den maßgebenden Stellen haben ergeben, daß zurzeit eine solche Kommission nicht erwartet wird und nicht zu erwarten ist. Es war in einem früheren Stadium der Verhandlungen einmal das die Rede, doch wurde die Absicht in Washington sehr bald aufgegeben.

## Zum deutsch-portugiesischen Handelsvertrag.

Schreibt die „Allg. Ztg.“ offiziell: Es kommt nicht darauf an, welches Land nach Zahl und Wohlhabenheit seiner Bevölkerung die in die industriellen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu berücksichtigen zu sein, wenn man das in dem vorliegenden Falle bei Portugal und Deutschland tut, so muß man ganz unzweifelhaft zu der Feststellung gelangen, daß bei einem etwaigen Zolltariff Deutschland ungleich mehr zu verlieren hat, als Portugal.

## Die interparlamentarische Friedensunion.

In diesem Bericht zusammengefasst, wird im Monat April ihren Vorstand in Brüssel vereinigen, um die Tagesordnung festzusetzen. Man nimmt an, daß auf der Tagesordnung der Hauptpunkt die Frage der internationalen Verträge, sowie ein Auspruch über das deutsch-englische Verhältnis sein wird.

## Deutsche Unternehmer in Marokko.

„Journal“ meldet aus Tanger: Wie aus Magador berichtet wird, haben zwei deutsche Agenten dort ein Haus erworben und die Gehirngänge von Genua beschickt, wo bedeutende Grubenbesitzer vermutet werden. Drei Vertreter des marokkanischen Grubenbesitzes sind ebenfalls dort eingetroffen. Man erwartet die Ankunft weiterer Vertreter deutscher Gesellschaften.

## Heer und Flotte.

### Neubeschaffung in der Kavallerie.

Mit der jetzt zu Ende geführten Ausgabe des neuen Kavallerie-Kataloges Nr. 98 an die gesamte deutsche Kavallerie nimmt unsere Reiterei in Bezug auf Beschaffung unbestreitbar die erste Stelle unter der Kavallerie der Welt ein.

Zunehmend beginnt die Verteilung des Seitengewehrs an die Kavallerie, das früher eine Erlaubnis für die Infanterie eingeführt war. Es wird die Kavallerie ein aufgeschlossenes Seitengewehr besitzen wird, ist sie in vollem Umfang zur Führung des Fußgewehrs befähigt. Der Säbel (Ballasch) wird aus dem Gebrauch in Dienst ganz verschwinden. Es ist ohne weiteres selbstverständlich, daß hiermit eine weltweite Vereinigung geschaffen wird. Gleichmäßig mit der Neubeschaffung der Reiterei dürfte in nächster Zukunft die Neubeschaffung der Kavallerie in Bezug auf die

Dienste in Steins Gefolge riefen ihn nach Berlin, Leipzig und Schleien. Er eilte in einer tollen Wagenfahrt nach Frankfurt a. M. und brachte die Zeit während des Krieges und danach wandernd im Rheinlande zu. Aus dem Norden lehrte er in fliegender Haut, diesmal in Begleitung seines 14jährigen Sohnes, dorthin zurück, als Napoleon wieder in Frankreich gelandet war, und er gab 1815 in Köln eine politische Zeitschrift, „Der Wächter“ heraus. In der ganzen Zeit hatte er unermüdlich Flugblätter und jene Gedichte, die heute jedermann kennt, „Die Leipziger Schlacht“, „Was ist des Deutschen Vaterland“, „Der Gott, der Eisen wachsen ließ“ u. a. in die Welt geschickt.

Witten auf seinen Wanderungen traf ihn 1817 ein Ruf aus Prof. der Geschichte an die neu gegründete Universität Bonn, und, als wollte er endlich die gelohnte Ruhe aufsuchen, verheiratete er sich, zum zweiten Male, mit Hanna Schleiermacher, einer Schwester des berühmten Theologen. Aber der kurze Augenblick häuslicher Ruhe verlor sich auf neue in dem fieberhaften Getriebe der Ereignisse, die Deutschland nach den Freiheitskriegen überlieferten. Natürlich gewachte ein politischer Kenner wie Arndt, daß es mit dem Siege über den Feind nicht abgetan war, und in einem weiteren Teile des „Geist der Zeit“ erwiderte wieder das Wort, sich mit derselben Unerschrockenheit auch an die Regierung wendend, die durch die Bundesakte von 1815 verordneten Verfassungen einzuführen. Es war unmöglich, daß in einer Zeit, in der demagogische Verlogenheiten an der Tagesordnung waren, die Sprache nicht das Mißfallen der preussischen Regierung erregen sollte. Er wollte die Erfüllung seiner Hoffnungen ließ den Dichter die 1820 erfolgte Entlassung und eine qualende, ergebnislose Unternehmung ertragen.

In einer gewissen Gorglosigkeit, die dem Volkskämpfer eigen war, kam er auf andere Mittel, um in seiner Nation das wahre Bewußtsein für die notwendige Einigung Deutschlands zu erwecken. In dieser Absicht gab er neue Gedichte heraus, veröffentlichte eine Sammlung früherer Bekehrungen (schwedische, englische und holländische Volkslieder oder griechischer Kriegsliederungen eines Epikos, denn in den Jahren deutschen Unglücks haben ihn „vor allen andern die edlen Griechen getroffen“). Durch das Beispiel dachte er die Bundesakte für die Freiheit zu begeistern. Er schrieb

Dorothée, „Gottesgott“ von ihm genannt, an die Freundin Charlotte von Rathen auf Köpen, an den Freiherren von Stein u. a. Briefe richtete, von denen nur ein geringer Teil erhalten ist, so schrieb er sie in derselben Empfindung, wie er Flugblätter abgabte. Hier wie dort suchte er seine philosophische Tiefe, seine Reflexionen: er wollte vor allem eine große Masse mit sich fortziehen, daß sie an seinem Ideal teilnehmen sollte. Dithyrambisch begeistert, stets zündend, schreibt er aus dem Stegreif seine Prosa nieder, und nur ein kleiner Gedicht ist es von da zu den Liedern, die in demselben Tone, weniger aus rein poetischen Bedürfnissen, entstanden sind. Ueber alles fühlte er in sich die heilige Aufgabe, bei Verrückung zu wirken, erst dem Joch der Fremden dann vom Joch der eigenen Unterdrücker. Er sprach für Preußen, weil er von ihm die Rettung Deutschlands erwartete. Er war religiös in der alten Art, denn so wenig er kosmopolitisch sein konnte, war es bei seiner auf seine persönliche dringende Natur möglich, mit dem Glauben seines Volkes zu brechen. „Das ist die höchste Religion, das Vaterland lieber zu haben als Herren und Fürsten, als Vater und Mutter, als Weiber und Kinder.“ Dieser eckhafte Ausdruck ist charakteristisch für sein Wirken, denn er ließ etwas von dem Robuster einer Lutheraner. Und wieder war er ein wirksamer Volksprediger wie etwa Geller von Kaisersberg. Er blieb klar, einfach, lieb die Anknüpfungen an biblische Vorstellungen, weil er damit dem Volke am verständlichsten zu sein glaubte. Fragen, Antworten, Ausprüche mochten in bunter Folge, er kann dabei aber nie typisch-kontrastierend sein, das Pointierte liegt bei ihm stets in dem treffendsten Wort.

Wagen keine politischen Ideale im einzelnen gegen die einer neuen Zeit zum Verfall erziehen, von seinen Gedichten nur wenige eine rein künstlerische Lebensfähigkeit besitzen, seine markante Prosa, vielfach bewunderlich, heute ungelassen sein — damals hatte er die notwendigen Forderungen der Augenblicksereignisse erfüllt. Und über alles Zeitliche hinaus wird die wahr umrisse, christliche Gestalt dauern, die da ausrief: „Wahrheit und Freiheit sind das reine Element des Lebens des göttlichen Menschen, durch sie ist er, ohne sie ist er nicht!“

Herbartillerie mit dem Karabiner 88 erfolgen. Die Karabiner, die die Reiterei jetzt abgelegt hat, ist eine noch sehr gute Waffe, die sich für die Jüweler der Herbartillerie in besonderem Maße eignet. Die Herbartillerie muß sich auf dem Marsch und im Kampf selbst schützen können, damit es überflüssig wird, ihr Besatzungen beizugeben.

**Soz. und Personalnachrichten.**

Im englischen Amtsblatt wurde gestern die Verteilung des Ranges eines Admirals of the Fleet an den Prinzen Heinrich von Preußen entsprechend seinem Range als Großadmiral in der deutschen Marine bekannt gegeben. Die Ernennung des Prinzen Heinrich von Preußen zum Admiral of the Fleet in England und jetzt, welcher Verteilung sich der Bruder des Kaisers, der ebenfalls Großadmiral der deutschen Flotte ist, in Großbritannien und speziell dem kaiserlichen Kaiser. Der Prinz hat allerdings aus seiner Vorliebe für England nie ein Hehl gemacht und ist ein eifriger Vertreter der Idee eines Zusammengehens von Deutschland und England.

**Preussischer Landtag.**

**Abgeordnetenhause.**

10. Sitzung vom 28. Januar.

(Schluß.)

Bei den „Kosten für ländliche Fortbildungsschulen“ fordert

**Abg. Dr. Crüger-Hagen**

größere Verrechnung der ländlichen Fortbildungsschulen in Ostpreußen. Nicht der Religionsunterricht gelte in den Lehrplan, sondern der Unterricht in der Bürgerkunde.

**Abg. Dr. Heßig (Str.)**

das Promotionsrecht für diese Schulen.

**Minister v. Arnim**

erwidert, daß in dieser Frage Verhandlungen mit den anderen Bundesstaaten schweben.

**Abg. v. Köben (kon.)**

die Belastung der Gemeinden durch die Fleischschau, insbesondere durch die hierzulande Fleischschau, zur Sprache.

**Abg. Frhr. v. Cessa (kon.)**

teilt mit, daß sich das Landesökonomiekollegium mit dieser Frage auf der nächsten Tagung eingehend beschäftigen werde. Der heutige Zustand sei unhaltbar.

**Ein Regierungskommissar**

erwidert, daß die ganze Materie einstweilen reichsrechtlich geregelt sei. Eine sofortige Maßnahme der preussischen Regierung sei daher nicht angängig.

**Abg. Tournou (Str.)**

Auf dem Eisenbahn wird die Schafzucht schwer geschädigt durch die Schafzucht. Das vorgeschriebene Bodenverfahren hat sich nicht bewährt. Es sollte abgelehnt werden.

**Regierungs- und Veterinärarzt Neumann:**

Gerade auf dem Eisenbahn ist in veterinärpolizeilicher Beziehung schon viel geschehen.

**Abg. Heine (nl.)**

Der Minister möge einen Kommissar nach dem Eisenbahn senden, um die Verhältnisse der Schafzucht und die Bekämpfung der Schafzucht studieren zu lassen.

**Abg. Meyer-Diepholz (nl.)**

fragt nach den Erfahrungen mit der Einfuhr von Futtermitteln.

**Minister v. Arnim:**

Bei den Fütterungsversuchen haben sich keine schädlichen Wirkungen der Eisingerter ergeben. Neuerdings haben Verhandlungen im Reichsgericht in dieser Sache stattgefunden. Alle Casperhöflichen mit einer Ausnahme haben die Schädlichkeit der Eisingerter verneint, und dieser eine Casperhöfliche hat auch nur die Möglichkeit einer Schädlichkeit zugegeben.

**Abg. Heine (nl.)**

betont, daß jede Abschwächung der Grenzsperrung große Gefahren für die heimische Viehzucht im Gefolge haben würde. (Beifall.)

**Abg. Hagala v. Bieberstein (kon.)**

trifft für Entschädigung der Landwirte ein, die durch Viehstötungen bei Seuchen Verluste erlitten haben.

**Minister v. Arnim**

erklärt, daß er sich solche Fälle, in denen die wirtschaftliche Existenz kleiner Viehbesitzer gefährdet sei, angelegen sein lassen werde.

**Abg. Kump (kon.)**

hebt hervor, daß die Vorschriften zur Verhütung der Brustschäden nicht ausreichen, wie sich in der Sproutauer Gegend gezeigt habe, wo die Seuche durch Milchtierställe eingeleitet sei.

**Minister v. Arnim:**

Die Milcherhaltung hat im vorliegenden Falle ein Ver-

schulden nicht anerkannt. Richtig werden in solchen Fällen Militär- und Zivilbehörden gemeinsam vorgehen.

**Abg. Dr. Müller-Berlin:**

Es herrscht eine wichtige Frage der Übung, die auch nicht ohne Bedeutung für die Wehrfähigkeit unseres Heeres ist.

Beim Kapitel „Förderung der Wehrmacht“ liegt ein Antrag der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen vor, den Etatsposten um 200 000 Mark für Staatspreise bei Pferdebesitzern vom nächsten Jahre ab angemessen zu erhöhen.

**Abg. Schulze-Belsum (kon.)**

begründet den Antrag. Es handle sich nicht um neue Ausgaben, sondern um die Fortführung einer seit Jahren verfolgten und bewährten Praxis. (Zuruf des Abg. Borgmann.) Herr Borgmann, im Zukunftsausschuss wird es, glaube ich, auch Kernen geben. (Große Heiterkeit.) Gegen den Vorschlag, die Totalfaktorsteuer zu ermäßigen und gleichzeitig das Wetten auf ausländische Rennen zu verbieten, haben wir nichts einzuwenden. Für das zu genehmigen Einkommen, so wird es immer noch Zeit sein, die Staatszuschüsse zu ermäßigen oder zu streichen.

**Abg. Graf Sendel v. Dornersmark (Str.)**

nimmt dem Vordrucker zu.

**Abg. Dr. Müller-Berlin (fr. Sp.):**

Wir sind immer Gegner der Totalfaktorsteuer gewesen und wir sind es auch heute. Ich bin es doppelt, seitdem ich im Vorjahre am Rennen teilgenommen habe, nicht nur als Zuschauer, sondern auch als Wettender. Das Wetten am Totalfaktor ist freilich noch lange nicht so schlimm, wie das Wetten bei den Buchmachern. In den Harenläden bestehen vollständige Wettbüros, namentlich für ausländische Wettrennen. Wir sind durchaus dafür, daß der Regierung die für die Förderung der Landeswettrennen notwendigen Summen zur Verfügung gestellt werden, ohne Rücksicht darauf, was die Totalfaktorsteuer einbringt. Für notwendige Ausgaben müssen die Mittel eben da sein. Die Regierung wird aber sich den maßgebenden Einfluß auf die Kompositionen zu sichern haben.

**Abg. v. Derken (freisinnl.)**

bedauert, daß die Erträge der Totalfaktoren von einzelnen Bundesstaaten für andere Zwecke, und nicht für die Pferdebesitzer verwendet werden. Der Redner empfiehlt die Annahme des Antrages.

**Unterstaatssekretär im Finanzministerium Mißholz:**

Wir tun alles, was wir können, auch für die Landwettrennen. Bei besserer Finanzlage werden wir gern bereit sein, mehr zu tun. Jetzt mühen wir aber auch hier Sparsamkeit üben.

Die Ausfrage schließt. Der Antrag geht an die Budgetkommission.

Das Haus vertagt sich. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

**Musland.**

**Deutschland und Japan.**

In einer Rede, die Graf Kamura in einer Sitzung des japanischen Abgeordnetenhauses über die auswärtige Politik hielt, findet sich folgender Satz:

Deutschland führt fort, eine gerechte und freundschaftliche Stellung gegenüber Japan zu beobachten und die lauterliche (sinnreiche) Regierung kann mit hoher Befriedigung feststellen, daß die Politik Deutschlands im fernsten Osten in keiner Weise auf der Politik Japans im Gegensatz steht. Es wäre erfreulich, wenn sich in ganz Japan diese Erkenntnis endlich Bahn gebrochen hätte. Englische Beziehungen hatten bisher leider gerade das Gegenteil zur Folge gehabt.

**Kleine Tagesnachrichten.**

Marxshentow kehrt nicht zurück. Trotz offizieller Petersburger Dementis wird an Wiener kompetenter Stelle daran festgehalten, daß der in der Spionageaffäre genannte russische Militärattaché Oberst Marxshentow nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren werde, sondern durch eine andere Persönlichkeit ersetzt wird. Die Familie des Obersten ist bereits von Wien abgereist.

**Die Not in Paris.**

Das anfangs als übertrieben bezeichnete Wort, daß Paris das Bild einer belagerten Stadt biete, scheint sich allmählich zu bewahrheiten. Aus den Vororten strömen massenhaft Menschen nach Paris, um hier Zuflucht zu finden, während andererseits zahlreiche vermögende Leute die Stadt zu verlassen beginnen. Namentlich die Fremden beschleunigen ihre Abreise. Im Gesellschaftsleben ist eine schwere Störung eingetreten, und in der Bevölkerung greift eine tiefgehende Besorgnis Platz. Seit gestern regnet es in Strömen.

Außerordentlich groß ist die Gefahr, die den bisher verschonten Stadtteilen durch die Untergrundbahn erwächst. Die Lage wird im allgemeinen als sehr ernst angesehen. Der

Volkspolizeipräsident hat einen Aufruf erlassen, in dem er unter Hinweis auf die unzureichenden Rettungsmittel an alle Personen, die Wagen, Boote oder irgendwelches Fahrzeug besitzen, die Bitte richtet, sie ihm zur Verfügung zu stellen. Die Volkspolizeikommissionäre wurden übrigens angewiesen, im Notfall die Wagen zu requirieren. Rettungsboote aus den Kriegshäfen treffen ununterbrochen ein. Da diese Straßen teils wegen der Entungen abgeperrt, teils überflutet sind, steht für den Wagenverkehr, namentlich im Zentrum der Stadt, nur eine beschränkte Anzahl von Straßen zur Verfügung.

**Straßen gleichen reißenden Flüssen.**

Die Gastandelder versinken allmählich im Boden. Das mit dem Bahnhof verbundene Hotel Terminus mußte auf polizeilichen Befehl geräumt werden. Viele Pariser Zeitungen drücken am Weitererschweimen verbittert werden, da sich harter Mangel an Papier fühlbar macht, teils, weil die Zufuhr erschwert ist, teils, weil die Fabrik in Corbeille, von der die Mehrzahl der Blätter ihr Papier bezieht, infolge der Überschwemmung ihren Betrieb fast gänzlich einstellen mußte. In der Umgebung der Bastille und ebenso bei der Notre-Dame Kirche ist das Hochwasser im Steigen begriffen.

**Erdstürkungen**

haben im Krageange der Notre-Dame-Kirche Rettung gefunden. 10 423 Telegraphenabonnenten sind vom Verbleib abgeschnitten. Der Pariser Telegraphenzentrale droht ein Einbruch des Wassers. Zahlreiche Linien sind gegenwärtig unbrauchbar. Die direkten telegraphischen Verbindungen mit Österreich, England, Holland und Dänemark sowie mit zahlreichen Städten in Frankreich sind unterbrochen.

Von dem juristischen Ernst der Lage, wie er sich im Laufe der gestrigen Nacht entwickelte, genügen folgende Nachrichten:

Paris, 28. Jan. In dem hochschicksaligen Familienhause in der Rue Florentin Klaffen die Verwandten teilweise auseinander. Kritik wird nachdrücklich die Lage des Hauptprojekts der Drähte für die internationalen Linien. Die Welta- und Mittelatlantischen Linien morgen geschlossen werden. Der Ministerrat berät über weitgehende Zukunftspläne, namentlich über eine Regulierung des Kanaralflusses und über die Fällung eines Kanals rings um das Pariser Weichbild. Die Beschlußfassung darüber, ob dem Wünsche des Pariser Gemeinderats entsprechend, das Vizekommando und das Pariser Militär-gouvernement mit der Leitung aller Rettungs- und Sicherheitsmaßnahmen zu übernehmen hätten, womit die Einführung des kleinen Wehrangehörigen ausgesprochen würde, wird dem nächsten Ministerrat vorbehalten. Die Gefahr eines Mauerniederbruchs am Louvre museum von der Seite her gilt als sehr groß. Auch begt man in der Volkspolizeidirektion die ernstlichen Besorgnisse für den eben erst fertiggestellten Palast der Equitable-Gesellschaft am Opernplatz.

**Das Wasser in den Geldtellern.**

Paris, 29. Jan. Der Sapeinpräsident von Toulon ist aufgefordert worden, alle verfügbaren Boote nach Paris zu senden. Der Verbleib am rechten und linken Semeiner getaktet sich täglich schwieriger. Im Zentrum stehen nur noch zwei Brücken für den Verkehr zur Verfügung. Die Keller des Finanzministeriums stehen unter Wasser. Es wurden infolgedessen Vorkehrungen getroffen, um ebenfalls falls Papier- und Bargeld in Sicherheit zu bringen.

**Unterstützung der Geschädigten.**

Paris, 29. Jan. Von 2 Millionen Francs, die das Parlament für die Opfer der Hochwasserkatastrophe bewilligt hat, gelangen gestern 500 000 Francs an Bedürftige zur Verteilung. Die öffentliche Subskription hat bis gestern nachmittags bereits die Höhe von 1 1/2 Millionen erreicht.

London, 29. Jan. Der Lordkanzler hat ebenfalls für die Opfer der Überschwemmungstrophie von Paris eine Subskription eröffnet.

**Ein tumultuöser Zwischenfall.**

Paris, 29. Jan. In Foubourg du Temple kam es gestern abend zu einem bedenklichen Zwischenfall. Zwei Gemütskranke hatten eine Erhöhung der Preise vorgenommen und diese angeklagt. Die Käufer griffen die Händler an und plünderten die Säben. Während des Aufruhrs wurden mehrere Revolverkugeln abgefeuert, wodurch eine Person verletzt wurde.

**Leitung: Wilhelm Georg.**

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinkmann; für Ausland, Besie Nachrichten und Sport: Erich Waldom; für den Feuilletonteil: Friedrich Gendreau; Druck u. Verlag von Otto Hendel, Schmiedg. in Halle a. S.

Diese Nummer umfasst 18 Seiten.

**Grosser**

# Räumungs-fussverkauf.

**Geschäftshaus**

# J. Lewin

**Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.**

Ein Posten	<b>Rostm-Röcke</b>	a. g. Stoffen i. engl. Geschn. in allen Weiten u. Größen	145 M.
Ein Posten	<b>Blusen</b>	aus gutem Wollstoff auf Futter gearbeitet	290 M.
Ein Posten	<b>Tüll- u. Seidenblusen</b>	in weiss u. farb. eleg. Faas, teils Original-Mod.	525 M.
Ein Posten	<b>Mohair-Krimm-Paletots</b>	in marine, braun u. lilb, früher St. 22.50 jetzt	875 M.
Ein Posten	<b>Plüsch-Jacketts</b>	schwarz mit Schal-kragen u. Jutknopf	1225 M.
Ein Posten	<b>Salon-Kleider</b>	hocheleg. Ausfahr. u. beste Stoffe, früh. 175 St. 32.50, jetzt St. 75 b.	1850 M.

